

Das 14. Außenministertreffen der OSZE (2006) in Brüssel

Lutz Römer

Im Mittelpunkt des 14. Außenministertreffens der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), welches vom 4. bis zum 5. Dezember 2006 in Brüssel stattfand, stand vor allem die bereits auf dem Ministertreffen im Vorjahr beschlossene Reform zur Stärkung der Organisation.¹

Das insbesondere mit Wahlbeobachtungen befaßte OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (englisch abgekürzt ODIHR) mit Sitz in Warschau wurde im Rahmen des Reformbeschlusses aus dem Jahr 2005 damit beauftragt, den 56 Teilnehmerstaaten bis zu dem hiesigen Treffen in Brüssel einen Bericht über die Einhaltung der von den Staaten eingegangenen OSZE-Verpflichtungen vorzulegen. Wenige Wochen vor dem Treffen in Brüssel stellte das ODIHR den Report fertig.² In diesem wird unter anderem berichtet, daß einige der Teilnehmerstaaten in bestimmten Bereichen der menschlichen Dimension – gemeint sind fundamentale Menschenrechte wie die Religionsfreiheit, die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Folterverbot und das Recht auf freie und faire Wahlen – deutlich hinter den übernommenen Verpflichtungen liegen.

Während die überwiegende Mehrheit der Teilnehmerstaaten die Arbeit des ODIHR, nicht nur im Bereich der Wahlmissionen, lobte und besagten Bericht begrüßte, kriti-

sierte der russische Außenminister *Sergej Lawrow* das ODIHR.³ Dieses sei in seinem Bericht nicht auf von Rußland erhobene Einwände eingegangen. Weiterhin erklärte *Lawrow*, daß Demokratie und Menschenrechte zwar universelle Prinzipien seien, im Rahmen des OSZE-Reformprozesses jedoch berücksichtigt werden müsse, daß das ODIHR nur solchen Aktivitäten nachgehen dürfe, die auf der Grundlage des gemeinsamen Konsenses *aller* Teilnehmer beruhen. Darüber hinaus beklagte sich der russische Politiker grundsätzlich über eine seiner Meinung nach wachsende Unausgewogenheit innerhalb der Tätigkeitsfelder der OSZE: Im Bereich der Sicherheit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei die Arbeit der OSZE in den Hintergrund gerückt, die Organisation konzentriere sich vorrangig auf die Angelegenheiten der menschlichen Dimension. *Lawrow* forderte schließlich eine Reform aller Schlüsselaspekte der Organisationstätigkeit. Diesem Aufruf schlossen sich Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan und Weißrußland an. In seiner Rede brachte insbesondere der weißrussische Außenminister *Sergei Martynov* bezüglich der Wahlbeobachtungsmissionen des ODIHR „erhebliche Bedenken“ zum Ausdruck.⁴ Die Arbeit des ODIHR in diesem Bereich müsse „transparent und nachvollziehbar“ sein sowie von allen Staaten gebilligt werden. Sonst, so drohte *Martynov*, müsse dem ODIHR die Finanzierung entzogen werden. Tschechiens Außenminister, *Alexandr*

¹ Der Reformbeschluß von Laibach ist unter www.osce.org/documents/mcs/2005/12/17439_en.pdf online abrufbar (alle Internetadressen wurden zuletzt am 7. Mai 2007 abgerufen).

² Der „Report on Common Responsibility: Commitments and Implementation“; ist unter www.osce.org/publications/odihhr/2006/11/22321_761_en.pdf online abrufbar.

³ Die Rede des russischen Außenministers ist unter www.osce.org/documents/mcs/2006/12/22408_en.pdf online abrufbar.

⁴ Die Rede des weißrussischen Außenministers ist unter www.osce.org/documents/mcs/2006/12/22473_en.pdf online abrufbar.

Vondra, der mit Bezug auf den ODIHR-Report sagte, daß der OSZE selten zuvor ein Dokument von vergleichbarer Wichtigkeit vorgelegen habe, warf Weißrußland vor, in hohem Maße Menschenrechtsverletzungen zu begehen und bezeichnete es als einziges totalitäres Regime Europas im 21. Jahrhundert.⁵

Der Außenminister Finnlands, welches in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 die EU-Ratspräsidentschaft innehatte, *Erkki Tuomioja*, bekräftigte stellvertretend für die EU deren volle Unterstützung für das ODIHR im Bereich der Wahlbeobachtungen.⁶ Die USA stellten klar, daß jedes Vorhaben eines Teilnehmerstaates, das ODIHR zu schwächen, auf ihren Widerstand stoßen werde.⁷ Weiterhin forderten sie eine Erhöhung des ODIHR-Budgets. Auch der Vertreter Deutschlands, Staatssekretär *Gernot Erler*, betonte, daß das Ziel einer jeden Reform die Stärkung, nicht die Schwächung der OSZE sein müsse. Zur Stärkung der Organisation gehöre vor allem die weitere Unabhängigkeit ihrer Institutionen, auch des ODIHR.⁸

Ein weiterer Streitpunkt auf dem Treffen waren die Kandidaturen für die nächsten Vorsitze der OSZE. Uneinigkeit herrschte insoweit bezüglich der Kandidatur Kasachstans für das Jahr 2009. Einige Staaten Zentralasiens und Rußland brachten deutlich ihre Unterstützung für Kasachstan zum Ausdruck. Die USA lehnten einen Vorsitz Kasachstans wegen erheblicher Verletzungen von Menschenrechten kategorisch ab. Innerhalb der EU sind die Meinungen dazu geteilt: Während sich Großbritannien den

USA anschloß, plädierte eine Vielzahl der Gemeinschaftsmitglieder, darunter Deutschland, Frankreich, Norwegen, Holland, Italien und die Slowakei, für einen Vorsitz Kasachstans. Nach Auffassung der genannten Staaten soll durch den OSZE-Vorsitz Kasachstans „ein Zeichen für die Teilhabe der jungen Staaten Zentralasiens und für die Gleichberechtigung in der OSZE“⁹ gesetzt werden. Eine endgültige Entscheidung wurde jedoch vorerst nicht getroffen.

Am Ende des Treffens stand eine Reihe von Beschlüssen in allen Aktivitätsbereichen der Organisation¹⁰: Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde die Aufnahme von Dialogen über die Verkehrs- und Energiesicherheit beschlossen. In der sicherheitspolitischen Dimension ist vor allem auf den Beschluß zur Bekämpfung der Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken und den Beschluß über die organisierte Kriminalität hinzuweisen. In der menschlichen Dimension wurde neben dem Beschluß zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und dem Beschluß zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung der Beschluß gefaßt, die Bemühungen im Kampf gegen den Menschenhandel zu verstärken.

Die Reform der OSZE ist noch längst nicht abgeschlossen. Welche endgültigen Ergebnisse der Veränderungsprozeß mit sich bringen wird, bleibt abzuwarten. Das nächste OSZE-Ministertreffen wird in diesem Jahr unter dem Vorsitz Spaniens vom 29. bis zum 30. November in Madrid stattfinden.

⁵ Die Rede des tschechischen Außenministers ist unter www.osce.org/documents/mcs/2006/12/22393_en.pdf online abrufbar.

⁶ Die Rede des damaligen EU-Ratsvorsitzenden ist unter www.osce.org/documents/mcs/2006/12/22431_en.pdf online abrufbar.

⁷ Die Rede des US-Staatsminister *Burns* ist unter www.osce.org/documents/mcs/2006/12/22474_en.pdf online abrufbar.

⁸ Die Rede von *Gernot Erler* ist unter www.osce.org/documents/mcs/2006/12/22407_de.pdf online abrufbar.

⁹ *S. Erler* (Fn. 8).

¹⁰ Die am Ende des Treffens von den Teilnehmerstaaten abgegebenen Erklärungen und gefaßten Beschlüsse sind in dem Journal vom 5. Dezember 2006 enthalten und unter www.osce.org/documents/mcs/2006/12/22731_de.pdf online abrufbar.